



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 10.11.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1 Soziale Stadt Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe

TOP 1.1 Ende Förderzeitraum Modellvorhaben Vorl.Nr. 447/10

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Änderungsanträge zur Tagesordnung gebe es keine.

EBM **Seigfried** geht auf die Finanzierung des Modellvorhabens Soziale Stadt „Grünbühl-Sonnenberg-Karlshöhe“ ein und merkt an, dass 40 % der gesamten Fördermittel aus kommunalen Steuermitteln bestritten worden seien. Ziel aller durchgeführten Projekte sei gewesen, das Selbstwertgefühl und das Bewusstsein der Stadtteilbewohner für ihren Stadtteil zu steigern und stärken, was nach seinen bisherigen Erfahrungen gelungen sei. Im Rahmen des Modellvorhabens seien nicht nur Projekte zur Stärkung bereits vorhandener Angebote durchgeführt worden, sondern seien auch neue Angebote zur Stabilisierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur aufgebaut und verstetigt worden.

Frau **Ballandies** (FB Bildung, Familie, Sport) resümiert, es sei durch das Modellvorhaben Soziale Stadt gelungen ein Netzwerk in Grünbühl aufzubauen, was es vorher so nicht gegeben habe. Alle Altersgruppen hätten von dem Modellvorhaben profitiert, was sie anhand von Beispielen stützt. Mit dem Mehrgenerationenhaus sei ein Ort der Begegnung geschaffen worden, der sehr gut angenommen worden sei. Anschließend nimmt sie Bezug auf die Zusammenstellung der Modellprojekte in der Vorl.Nr. 447/10. Dabei hebt sie das Chorprojekt hervor, das durch die erfolgreichen Anstrengungen bei der Akquirierung von Geldern weitergeführt werden könne. Andere Projekte wie Sprachförderung oder fit for life würden in „Stärken vor Ort“ in 2011 weitergeführt und so mit je 10.000,-€ jährlich gefördert. Das Projekt Traumgeschichten werde vom Landesverband freier Theater mit 6.000,-€ unterstützt und könne dadurch in kleinerem Rahmen als bisher, aber dennoch weitergeführt werden. Die Finanzierung der mobilen Erziehungs- und Sozialberatung, der Heilpädagogin im Kinder- und Familienzentrum, sowie des Mittagstisches seien hingegen noch nicht gesichert. Sie empfehle die Fortführung dieser Projekte für die kommenden 1 bis 2 Jahre, um zu sehen, welche Auswirkungen sich durch die Aufsiedelung des Sonnenbergs in der Sozialstruktur ergeben würden und welche positiven Effekte noch erreicht werden könnten.

Das Gremium bedankt sich bei Frau Ballandies für die geleistete Arbeit im Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg.

Stadträtin **Kopf** teilt mit, sie habe in Grünbühl und Sonnenberg seit dem Modellvorhaben eine Aufbruchstimmung wahrgenommen und festgestellt, dass diese nun Verantwortung füreinander übernehmen würden. Das im Sommer 2010 veranstaltete Bürgerfest in Grünbühl sei gut vorbereitet gewesen, aber sei aus ihrer Sicht mit den örtlichen Vereinen und Bewohnern zu wenig kommuniziert worden. Es hätten nahezu keine Besucher an dem Fest teilgenommen.

Stadtrat **Dr. Bohn** merkt an, das Programm Soziale Stadt sei in den Stadtteilen Grünbühl und Eglosheim qualitativ hochwertig umgesetzt worden. Es gelte dies fortzusetzen und dabei Schwerpunkte zu setzen. Er führt den Antrag der CDU mit der Vorl.Nr. 442/10 an. Vor allem müssten bei einer Prioritätensetzung die Kinder und Jugendlichen im Vordergrund stehen, Erwachsene hätten die Möglichkeit selber aktiv zu werden.

Stadtrat **Kirnbauer** führt aus, es würden weiterhin 162.000,-€ pro Jahr an Fördermittel zuzüglich einer 30 % Stelle, die mit 20.000,-€ bewertet werden könne, an den Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg, fließen.

Stadtrat **Dr. Vierling** hebt hervor, dass den Einwohnern des Stadtteiles Grünbühl-Sonnenberg deutlich gemacht worden sei, dass sie der Stadt besonders am Herzen liegen würden. Diese Wertschätzung solle verstetigt werden, und er fordere die Verwaltung auf, Mittel und Wege zu finden die soziale Aufbauarbeit in Grünbühl weiterhin nachdrücklich zu betreiben.

Stadtrat **Heer** stellt fest, in der heutigen Sitzung gelte es in der Vorl.Nr. 452/10 lediglich über die Punkte schulbegleitende Sozialarbeit und das Ganztageskonzept an der Eichendorffschule zu beschließen. Andere Projekte aus dem Modellvorhaben Soziale Stadt wie Mittagstisch oder Fachkraft Heilpädagogin stünden aus seiner Sicht zur Diskussion, wenn ein entsprechender Finanzierungsvorschlag vorliege. Fraglich sei allerdings, inwieweit die Stadt für diese Kosten aufkommen könne, insbesondere weil andere Stadtteile gleichen Bedarf anmelden könnten.

Stadträtin **Lange** bezieht sich auf die Vorl.Nr. 452/10 und spricht sich für die Erhaltung der bisher zwei 50-Prozent-Stellen der schulbegleitenden Jugendsozialarbeit an der Eichendorffschule aus.

Weitere Beratungsfolge siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.2.

TOP 1.2	Fortsetzung der schulbegleitenden Sozialarbeit (OASE) und Ausweitung der Betreuungszeit und des Mittagstisches am Freitag an der Eichendorffschule	Vorl.Nr. 452/10
---------	--	-----------------

Beschluss:

1. Die bisher im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe“ finanzierte schulbegleitende Sozialarbeit an der Eichendorffschule („OASE“) wird mit einem Beschäftigungsausmaß von 50 Prozent in der bisherigen Trägerschaft der Stiftung Karlshöhe Ludwigsburg fortgesetzt. Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport übernimmt im Rahmen seiner Zuständigkeit für Schulsozialarbeit die Koordination auf der Grundlage noch abzuschließender Zielvereinbarungen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 32.000 € sind zum Haushaltsplan 2011 angemeldet und im Entwurf der Verwaltung eingestellt.
2. Das Ganztageskonzept wird an der Eichendorffschule wie folgt erweitert:
 - 2.1. Die Betreuungszeit wird ab 01.01.2011 – 31.08.2012 freitags von bisher 15.00 Uhr auf 17.00 Uhr verlängert.

- Das Beschäftigungsausmaß der Betreuungskraft wird um 3 Stunden/Woche ausgedehnt; der Anstellungsvertrag wird entsprechend befristet bis 31.08.2012 erhöht bzw. abgeschlossen.
- 2.2. Die Essensausgabe an der Eichendorffschule wird ab 01.01.2011 auf Freitags ausgedehnt. Das Beschäftigungsausmaß für die Mitarbeiterinnen der Essensausgabe wird ab 01.01.2011 um insgesamt 3,35 Stunden/Woche befristet bis 31.08.2012 erhöht.
- 2.3. Die Netto-Mehrkosten in 2011 und 2012 i.H. von jeweils ca. 4.550 € werden aus Mitteln der Finanzposition 1.2110.7000.000 finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** geht auf die Grundproblematik der Fortsetzung zeitlich begrenzter Förderprojekte ein. Bei vielen Maßnahmen bedürfe es einer Übergangsphase, was wiederum eine Frage der Finanzierung sei. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage habe die Verwaltung in der Vorl.Nr. 452/10 lediglich zwei Themen aufgegriffen.

Stadträtin **Kopf** teilt mit, sie erwarte zum Projekt Fachkraft Heilpädagogik eine gesonderte Vorlage der Verwaltung. Anschließend geht sie auf das Profil, die bisherige Unterstützung der Stadt und die Wichtigkeit der Eichendorffschule im Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg ein. Sie könne der Vorl.Nr. 452/10 zustimmen, bitte aber gleichzeitig Frau Schumann als Leiterin der Eichendorffschule die Möglichkeit der Stellungnahme zu geben.

EBM **Seigfried** weist Stadträtin Kopf darauf hin, mit einer Abstimmung über die Vorl.Nr. 452/10 seien die Weiterführung der Schulsozialarbeit mit einer 50 %-Personalstelle und die Erweiterung der Betreuungszeit und der Essensausgabe an der Eichendorffschule beschlossen, was gleichzeitig bedeute, dass andere Projekte von städtischer Seite finanziell nicht weiter unterstützt würden. Sehe das Gremium andere Schwerpunktbereiche, sei darüber in der heutigen Sitzung zu beraten.

Stadtrat Dr. **Bohn** beantragt, die Schulsozialarbeit an der Eichendorffschule solle wie bisher mit zwei 50-Prozent-Stellen weitergeführt werden und es sei eine Finanzierung zur Beibehaltung der heilpädagogischen Fachkraft für zumindest 2011 zu finden. Er sehe den Stadtteil Grünbühl als sozialen Schwerpunkt in der Stadt. Insbesondere im Kinderbereich dürften keine Kürzungen vorgenommen werden. Hier sei der größte Schwerpunkt zu setzen. Des Weiteren macht er Vorschläge zur möglichen Finanzierung des Mittagstisches und Rund ums Haus Service außerhalb des städtischen Haushalts.

Stadtrat **Kirnbauer** sagt, es müsse gesichert sein, dass die Mittel in Höhe von 32.000,-€ und 4.550,-€ im Haushalt genehmigt würden und die Maßnahmen sollen auf 2 Jahre befristet werden.

Stadträtin **Klett-Heuchert** führt aus, die Schulsozialarbeit in der Eichendorffschule sei auch eine gemeinwesenorientierte Arbeit. Sie könne sich deshalb vorstellen eine 50-Prozent-Stelle beispielsweise beim Mehrgenerationenhaus anzusiedeln. Eine Kürzung des bisherigen Umfangs

von zwei 50-Prozent-Stellen solle nicht erfolgen.

Stadtrat **Heer** schätzt eine 50-Prozent-Stelle für Schulsozialarbeit an der Eichendorffschule als ausreichend ein und signalisiert seine Zustimmung zur Vorl.Nr. 452/10.

Frau **Schumann** (Schulleiterin der Eichendorffschule) macht deutlich, die bisher eingeleiteten Maßnahmen wirkten und hätten zu Entspannung und mehr Ruhe in der Schule und in den Familien selber geführt. Weil regelmäßig neue Kinder eingeschult und Familien zuziehen würden, sollten die eingeführten Maßnahmen weitergeführt und ständig vorgehalten werden. Anschließend geht sie auf die inhaltliche Arbeit der bisherigen Schulsozialarbeit an der Eichendorffschule ein.

Stadträtin **Lange** sieht es als wichtig an, die bisherigen 100 % Schulsozialarbeit an der Eichendorffschule beizubehalten.

EBM **Seigfried** führt dazu aus, die Folgekosten der von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen in Höhe von insgesamt 36.550,-€ für das Jahr 2011 seien im Haushaltsplanentwurf 2011 eingestellt. Beschließen der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales weitergehende Maßnahmen, könne dies nur als Empfehlungsbeschluss erfolgen, wobei für die Mehrkosten dann im Rahmen des Gesamthaushalts eine Finanzierungsmöglichkeit gefunden werden müsse.

Stadtrat **Meyer** spricht sich dafür aus, in der heutigen Sitzung über die Vorl.Nr. 452/10 zu beschließen und alle weitergehenden Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsberatungen mit entsprechendem Deckungsvorschlag zu diskutieren.

EBM **Seigfried** fasst zusammen, es seien im Laufe der Beratungen drei Änderungsanträge gestellt worden. Der erste sei gewesen, die Schulsozialarbeit auf 1,0 Stellen aufzustocken, der zweite, die Weiterfinanzierung einer Heilpädagogin und der dritte, die Maßnahmen der Vorl.Nr. 452/10 auf zwei Jahre zu befristen.

Stadtrat **Glasbrenner** betont, der Haushaltsplan sei eingebracht, somit sei jeder Antrag mit einem Deckungsvorschlag zu versehen. Er beantrage deshalb, dass Anträge, die eine Mehrausgabe zur Folge haben, entweder mit einem Deckungsvorschlag zu stellen seien oder bis zu den Haushaltsplanberatungen zurückgestellt werden.

EBM **Seigfried** stellt den Antrag von Stadtrat Kirnbauer, die Maßnahmen der Vorl.Nr. 452/10 auf zwei Jahre zu befristen zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja, 11 Neinstimmen abgelehnt.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 452/10 zur Abstimmung.

EBM **Seigfried** geht auf den Beitrag von Stadtrat Glasbrenner ein, zitiert § 21 der Geschäftsordnung des Gemeinderats und folgert, es könne in der heutigen Sitzung ein Empfehlungsbeschluss mit der Folge von Mehrkosten getroffen werden, der aber im Rahmen der Gesamtfinanzierung zu prüfen sei.

Stadtrat **Glasbrenner** gibt zu Protokoll, er widerspreche den Ausführungen von EBM Seigfried.

Stadtrat Dr. **Bohn** teilt mit, er wolle seinen Antrag auf Weiterfinanzierung einer heilpädagogischen Kraft im Rahmen der Haushaltsberatungen neu stellen und wünscht keine Abstimmung in der heutigen Sitzung.

TOP 1.3	Weiterführung von Projekten nach Auslaufen des Programms Soziale Stadt Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe - Antrag der CDU-Fraktion vom 11.10.2010	Vorl.Nr. 442/10
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 1.1 und Vorl.Nr. 447/10.

Die Vorl.Nr. 442/10 wird somit als erledigt angesehen.

TOP 2	Bericht 2010 zu den Arbeitsgelegenheiten nach SGB II	Vorl.Nr. 461/10
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Frau **Sperzel** (FB Bürgerdienste) berichtet über Arbeitsgelegenheiten nach SGB II im Allgemeinen und bei der Stadtverwaltung. Sie bezieht sich dabei auf die Vorl.Nr. 461/10 und merkt an, die darin aufgeführte Arbeitslosenquote von 8,1 % betrage aktuell 7,9 %.

EBM **Seigfried** führt aus, bei dem Aktivierungsinstrument der Arbeitsgelegenheiten seien mehr Flexibilität und Effizienz erforderlich. Man stelle fest, dass Betroffene teilweise in eine Art Schleife gerieten und nach Fortbildungsmaßnahmen des Arbeitsamtes ein weiteres Mal eine Arbeitsgelegenheit nach SGB II durchführten. Eine Änderung könnte seiner Meinung nach, hier zu Kosteneinsparung und mehr positiven Effekten bei den Betroffenen führen.

Anschließend spricht sich das Gremium zum Ziel der Arbeitsgelegenheiten nach SGB II, den Teilnehmerzahlen bei der Stadt, der Chancen einer Anschlussbeschäftigung und der Anerkennung der von den Arbeitslosen geleisteten Arbeit aus.

TOP 3	Migrationszentrum der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände - Bericht	Vorl.Nr. 460/10
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorl.Nr. 460/10 und unterstreicht die Notwendigkeit und die positiven Wirkungen der Arbeit der Träger des Migrationszentrums.

Das Gremium nimmt dies positiv zur Kenntnis.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt aus, die Förderung der Kinder- und Familienzentren könne nach Ende des Projektes nicht in eine Regelförderung übergehen. Die Verwaltung habe deshalb in der Vorl.Nr. 451/10 eine Förderung mit einem finanziellen Plus von einer Basisförderung von 2.000,-€ pro Einrichtung und Jahr und gleichzeitiger Matching-Förderung vorgeschlagen. Es sei nötig, dass sich Träger und die Einrichtungen selbst bei der Einnahmenerzielung engagierten. Werde der Verwaltungsvorschlag in der heutigen Sitzung vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales als positiv befunden, werde man Prüfkriterien zur Sicherung bestimmter Qualitätsmerkmale ausarbeiten und vorstellen.

Stadträtin **Kopf** beurteilt den Vorschlag der Verwaltung als gut. Sie meint, die Matching-Förderung könne auf die Träger und die Mitarbeiter der Einrichtungen motivierende Wirkung haben.

Stadtrat **von Stackelberg** steht der Kombination von Basis- und Matching-Förderung positiv gegenüber. Er merkt an, die Träger sollten sich bei der Kostenfinanzierung stärker einbringen. Allerdings seien die einzelnen Einrichtungen in sich sehr unterschiedlich, was durch die Basisförderung von 2.000,-€ nicht berücksichtigt werde. Er bitte dazu um nähere Informationen und führt in diesem Zusammenhang die Sozialgerechtigkeit an.

Stadtrat **Kirnbauer** stellt fest, die finanzielle Förderung der Kinder- und Familienzentren Eden, AWO in der Steinbeisstraße und bei der Kreuzkirche laufe 2010 aus und sei deshalb bereits im Haushalt 2011 neu zu veranschlagen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** teilt mit, die Matching-Förderung sei aus ihrer Sicht keine geeignete Methode die begonnene zukunftsweisende Arbeit der Kinder- und Familienzentren weiterzuführen. Vielmehr würden die Leitungskräfte bereits jetzt viel Zeit für Geldwerbung einsetzen. Sie rege an, sich in einer Trägerkonferenz über die Freistellung von Leitungskräften in den Kinder- und Familienzentren zu verständigen im Bewusstsein, dass dies eine Erhöhung des Zuschussbedarfes zur Folge haben könne. Wolle man die Familienunterstützung und Elternbildung ernst nehmen, sei auch der entsprechenden finanzielle Beitrag zu leisten.

Stadtrat **Heer** führt aus, grundsätzlich sei davon ausgegangen worden, dass nach Beendigung des Projektes keine weitere Förderung der teilnehmenden Kinder- und Familienzentren stattfinden werde. Die Stadt fördere mit dem jetzigen Vorschlag die Familienzentren somit stärker als geplant. Werde eine Grundförderung mit einer Matching-Förderung kombiniert, könne er dieser Vorgehensweise zustimmen.

Frau **Trenkle** (D II) geht auf die in der Vorl.Nr. 451/10 dargestellte Förderung der Kinder- und Familienzentren nach dem Förderzeitraum ein. Aufgrund der Koordinations- und Kooperationstätigkeiten, die in allen Zentren in gleichem Umfang anfielen, sei eine einheitliche Basisförderung gewählt worden.

EBM **Seigfried** führt als bereits praktiziertes Beispiel einer Matching-Förderung das Sprachförderprojekt mit der Stiftung Mercator an. Er erwarte bei den Kinder- und Familienzentren nicht von den Erzieherinnen und Kindern, sondern von den Trägern bei der Anwerbung von Geldern aktiv zu werden. Er stelle fest, die Matching-Förderung eigne sich nicht zur Basis-Finanzierung von Kindertagesstätten und geht kurz auf die Entwicklung der Kalkulation und Finanzierung von Kindertagesplätzen durch das Land und die Kommunen ein. Er sagt zu, die Verwaltung werde eine entsprechende Vorlage bis zu den Haushaltsberatungen vorbereiten.

Beratungsverlauf:

Frau **Schaupp** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet über ihre Erfahrungen in der Beratungsstelle für Betreuung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren. Anhand von Fallbeispielen macht sie die vielfältigen Bedürfnisse der Eltern deutlich, weshalb in den Beratungen häufig nicht nur die Vermittlung eines Betreuungsplatzes für Kinder unter 3 Jahren Gegenstand sei, sondern auch Kindergarten- oder Schulplätze für Geschwisterkinder. Neuerdings strebe neben den auf Seite 6 der Vorl.Nr. 453/10 aufgeführten Kooperationspartnern auch der Kinderschutzbund eine Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle an.

EBM **Seigfried** merkt an, die Beratungsstelle bestehe seit 6 Monaten und sei laut Feedback der Eltern positiv angenommen worden. Des Weiteren habe sich die aktive Verknüpfung zur Kindertagespflege durch die Beratungsstelle bewährt. Frau Schaupp werde gleichzeitig bei dem Themenkomplex Verknüpfung mit Großtagespflegestellen/Kindernester eingesetzt. Sie arbeite zu 50 % in der Beratungsstelle.

Die Stadträte **Kromer** und **von Stackelberg**, bedanken sich für den Bericht und äußern sich positiv zu den erreichten Vernetzungen mit den unterschiedlichen Partnern.

Stadträtin **Steinwand** merkt an, die von Frau Schaupp angeführten Fallbeispiele zeugten von der Pluralität der Bevölkerung.

Zur Präsenz der Beratungsstelle in der Öffentlichkeit führt Frau **Schaupp** aus, man habe flächendeckend Karten mit dem Angebot und der Adresse der Beratungsstelle verteilt. Der Auftritt im Internet sei im Aufbau.

Beschluss:

1. Die Diakonische Bezirksstelle wird beauftragt, die bisher vom Lern- und Spielclub (LSC) geleistete Ganztagesbetreuung an der Anton-Bruckner-Schule im Schuljahr 2010/2011 fortzusetzen.
2. Die bisher für die Ganztagesbetreuung der Anton-Bruckner-Schule und die Arbeit des LSC geleisteten Zuschüsse werden zusammengefasst.
3. Die Diakonie erhält für die Ganztagesbetreuung und die Essensausgabe an der Anton-Bruckner-Schule einen Gesamtzuschuss für das Schuljahr 2010/2011 in Höhe von 176.210,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 10.11.2010

angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner

Beratungsverlauf:

Stadtrat Daferner ist nach § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg befangen. Er nimmt nicht an Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet über die Standorte, die Entwicklung und das Angebot des LSC seit Gründung im Jahr 1974. Zur Finanzierung der Leistungen des LSC in der Vergangenheit verweist er auf die Vorl.Nr. 456/10. Ab dem Schuljahr 2011/2012 stelle der Evangelische Kirchenbezirk Ludwigsburg seine finanzielle Unterstützung für die Ganztagesbetreuung an der Anton-Bruckner-Schule ein. Diese sei dann ausschließlich durch den Zuschuss des Landes für Hausaufgabenbetreuung und Sprachförderung, die Elternbeiträge und den städtischen Haushalt zu decken. Die Diakonie habe angeboten, die inhaltliche Arbeit mit dem bestehenden Personal wie bisher an der Anton-Bruckner-Schule weiterzuführen.

Stadtrat **Meyer** zeigt Verständnis für den finanziellen Rückzug des evangelischen Kirchenbezirks aus der Ganztagesbetreuung an der Anton-Bruckner-Schule. Folglich seien für 2011/2012 die Inhalte und die Finanzierung der Ganztagesbetreuung zu diskutieren. Zu den Inhalten führt er aus, die künftige Betreuung dürfe sich nicht nur auf eine Schule, sondern solle sich auf das gesamte Grundschulareal beziehen. Der Ausbau der Betreuung an den Schulen sei ein wichtiger Baustein im Bereich Bildung und notwendig, um Hortplätze in anderen Einrichtungen adäquat umwandeln zu können. Er gehe davon aus, dass Projekte des LSC weitergeführt werden. In welcher Form die Elternarbeit fortgeführt werden solle sei zu hinterfragen, wozu er die Vorl.Nr. 72/10 anführt. Zur Finanzierung sagt er, man werde den finanziellen Mehraufwand mittragen, und er bitte die Verwaltung um einen entsprechenden Vorschlag. Seine Fraktion könne dem Beschlussvorschlag in der Vorl.Nr. 456/10 heute zustimmen.

Stadtrat **von Stackelberg** lobt die Arbeit des LSC und benennt die Umorientierung des Kirchenbezirks als plausibel. Aufgrund des deutlich höheren Bedarfs an Betreuung infolge des Schulcampus sollten nach seiner Meinung bis Herbst 2011 neue Konzepte zu Finanzierung und personeller Ausstattung zur Diskussion vorgelegt werden.

Stadtrat **Kirnbauer** merkt an, er bitte in einer weiteren Vorlage zu diesem Thema zwischen Schul- und Haushaltsjahr zu differenzieren. Ferner seien aus seiner Sicht die innere Verrechnung von Miete und Mietnebenkosten in die Kalkulation aufzunehmen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** fragt nach dem Beitrag der Lehrer und der Anton-Bruckner-Schule für die Ganztagesbetreuung und bittet um eine Gegenüberstellung der städtischen Kosten für die Ganztagesbetreuung an den Ganztagesesschulen Anton-Bruckner-, Pestalozzi-, Schloßlesfeld- und der Eichendorffschule. Der Vorl.Nr. 456/10 könne sie soweit zustimmen.

Stadtrat **Heer** stellt fest, die Situation erfordere eine Umstrukturierung der Ganztagesbetreuung, die den städtischen Haushalt ab 2011 mit 37.500,-€, aufgrund von 20.000,-€ Mehrkosten und 17.500,-€ wegfallenden Kirchensteuermitteln, mehr belaste. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage nach dem Gewinn dieser Umstrukturierung und wie die Beteiligung der Eltern an den Kosten gestaltet werden könne. Dies sei bei der Beratung der Gesamtkonzeption zu erörtern. Er bitte die Verwaltung um Präzisierung des Verlaufs der finanziellen Unterstützung der Stadt für die Ganztagesbetreuung in den Folgejahren.

Herr **Reichert** führt aus, das Gebäude Wilhelmstraße 35, in dem der LSC seither untergebracht sei, sei aufgrund der Doppelnutzung im Sommer 2010 als Schulgebäude deklariert worden,

weshalb die Verwaltung des Gebäudes vom städtischen Gebäudemanagement übernommen worden sei und die Abschreibung im städtischen Schuletat verrechnet werde. Ziel dieser Änderung sei gewesen die Diakonie zu entlasten um sich ausschließlich auf die pädagogische Arbeit konzentrieren zu können. Zur grundsätzlichen Problematik der Unterscheidung Schuljahr und Haushaltsjahr stelle er fest, im laufenden Kalenderjahr werde immer das vergangene Schuljahr im Haushalt finanziert oder bezahlt. Er sagt die von Stadträtin Klett-Kleuchert geforderte Gegenüberstellung der städtischen Kosten für die Ganztagesbetreuung an den genannten Schulen als Bericht zu. Das Land beteilige sich an der Ganztagesbetreuung mit 6 Lehrerwochenstunden, was an der Anton-Bruckner-Schule bei 8 Klassen 48 Stunden pro Woche bedeute. Eine Kürzung sei hier vom Schulamt nicht vorgesehen. Bezüglich der Elternbeiträge für die Betreuung sei die Verwaltung mit den Schulen im Gespräch. Bei den Brennpunktschulen sei die Stadt allerdings verpflichtet andere Rahmenbedingungen zu schaffen, als an anderen Schulen, sodass ein direkter Vergleich nicht möglich sei. Das Thema Elternarbeit habe er aufgenommen und soll künftig mit berücksichtigt werden. Bei der ehrenamtlichen Tätigkeit im Rahmen der jetzigen Arbeit des LSC seien bisher keine Änderungen in Sicht. Wie eine gemeinsame Früh- und Spätbetreuung der Pestalozzi- und Anton-Bruckner-Schule aussehen könne, sei noch nicht abschließend geklärt, aber es werde eine solche geben.

EBM **Seigfried** führt aus, man sei in der Vergangenheit im Grundsatz davon ausgegangen, dass die Kernzeitenbetreuung nur einem geringen Anteil der Schüler angeboten werde, zwischenzeitlich gebe es bis zu 7 Kernzeitengruppen an einer Schule. Jetzt stehe man vor der Überlegung gebundene Ganztageseschulen einzuführen. Er gebe zu Bedenken, dass die Kosten für die Betreuung bei einer gebundenen Ganztageseschule als Schulträgeraufgabe ausschließlich von der Stadt zu tragen seien, eine Erhebung von Elternbeiträgen, wie bei der Kernzeitenbetreuung sei dann nicht möglich. Es sei nötig ein Konzept zur Betreuung an Schulen zu erstellen, worin alle Teilaspekte wie beispielsweise Hortplätze und Jugendbegleiterprogramm einbezogen werden. Er gehe davon aus, dass wie zum Sozialdatenatlas eine Klausur zum Ausbau der Schulbetreuung unerlässlich werde.

Stadtrat Dr. **Vierling** appelliert an die evangelische Kirche die Begleitung und Ergänzung der schulischen Arbeit wie bisher mit ihrer finanziellen Beteiligung weiterzuführen. Er wolle in diesem Zusammenhang die Rolle der Kirche im Rahmen ihrer Funktion als Organisation, die Kirchensteuer und somit Hilfen durch die staatliche Finanzverwaltung erhalte anführen. Ferne habe man den bisherigen Einsatz der Diakonie sehr dankbar wahrgenommen.

Stadträtin **Steinwand** bittet, bei der von Stadträtin Klett-Heuchert gewünschten Zusammenstellung, auch detailliert die Angebote im Rahmen des Jugendbegleiterprogramms mit den geleisteten Lehrerstunden aufzunehmen, insbesondere, wer, wann mit wie viel Kindern ein Angebot durchgeführt habe.

Herr **Strecker** (Diakonie Ludwigsburg) erläutert, im Kirchenbezirk Ludwigsburg seien mehrere Kirchengemeinden eingebunden, die auch in den Gremien des Kirchenbezirks vertreten seien. Nachdem sich die Arbeit des LSC ausschließlich auf die Anton-Bruckner- und Pestalozzischule konzentriert habe, und die Kirchensteuermittel für den gesamten Kirchenbezirk zur Verfügung stünden, sei es zu keiner Mehrheit für die weitere Verlängerung der bisherigen finanziellen Unterstützung des LSC gekommen, was unter diesen Gesichtspunkten aus seiner Sicht nachvollziehbar sei.

Auf Nachfrage von Stadträtin Moersch teilt Herr **Strecker** mit, unter dem Vorbehalt des städtischen Auftrages, werde es künftig wie bisher in der Wilhelmstraße ein Betreuungsangebot in Trägerschaft der Diakonischen Bezirksstelle geben, welches sich an der Höhe der von der Stadt zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel messen werde. Dieses Angebot sollte dann „Ganztagesbetreuungsangebot Anton-Bruckner-Schule/Pestalozzischule“ heißen. Alle Mitarbeiterinnen, die bisher die Betreuung geleistet hätten, würden ihre Arbeit fortsetzen. Man wolle an den bisherigen Strukturen nichts ändern und versuchen das bereits vorhandene ehrenamtliche Engagement für die Ganztagsbetreuung an diesen Schulen zu halten.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 456/10 zur Abstimmung.

TOP 7

Bildung und Betreuung - Bericht über den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kernzeitenbetreuung, Erhöhung der Elternbeiträge für die Kernzeiten- und Ferienbetreuung in Ludwigsburg ab 01.01.2011

Vorl.Nr. 459/10

Beschluss:

1. Die Elternbeiträge für die Kernzeitenbetreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule werden ab dem 01.01.2011 um ca. 4 % von einem Regelbetrag von 60 € auf 62,50 € monatlich erhöht.
2. Die Elternbeiträge für die Ferienbetreuung für Ludwigsburger Grundschüler werden ab dem 01.01.2011 um ca. 8 % von einem Regelbetrag von 29,60 € auf 32 € monatlich erhöht.
3. Die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Elternbeiträge werden ausschließlich für den weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kernzeiten- und Ferienbetreuung verwendet.
4. Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport wird ermächtigt, auf der Grundlage des jeweiligen Beschlusses des Ausschusses Bildung, Sport und Soziales über die Einrichtung der Betreuungsgruppe, diese Gruppen bei unverändertem Bedarf (Erfüllung der in der Vorl. Nr 508/09, S. 6 dargelegten und vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 09.12.2009 beschlossenen Leitlinien) ohne weiteren Beschluss des Ausschusses je nach Sachlage befristet oder unbefristet fortzuführen. Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport berichtet jährlich über den aktuellen Stand der Betreuungsangebote an Ludwigsburger Grundschulen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner

Beratungsverlauf:

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet über den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kernzeitenbetreuung, die Erhöhung der Elternbeiträge und den von der Verwaltung vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss Kernzeitgruppen ohne weiteren Beschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales fortführen zu können.

Stadtrat **Kromer** teilt mit, seine Fraktion werde der Vorl.Nr. 459/10 zustimmen. Er plädiere

hinsichtlich der städtischen Haushaltslage besonders bei der Ferienbetreuung auf die Erhöhung der Elternbeiträge, die er wie vorgeschlagen als moderat bezeichne. Inwieweit der Regelbeitrag zur Kostendeckung und Weiterentwicklung der Kernzeitenbetreuung ausreiche, sei abzuwarten.

Stadtrat **von Stackelberg** kann der Erhöhung der Elternbeiträge vor dem Hintergrund zustimmen, dass die dadurch erzielten Mehreinnahmen ausschließlich zum weiteren Ausbau der Kernzeitenbetreuung verwendet werden sollen.

Stadtrat **Kirnbauer** führt aus, Ziffer 4 der Vorl.Nr. 459/10 könne er lediglich zustimmen, sofern sich die Gesamtkosten für die Kernzeitenbetreuung durch die Fortführung der jeweiligen Gruppe nicht erhöhten.

Stadträtin **Steinwand** spricht sich gegen eine Erhöhung der Elternbeiträge bei der Kernzeitenbetreuung aus. Sie stelle fest, dass Kostenerhöhungen regelmäßig von den Eltern getragen werden müssten. Ferner sei es für Grundschulen, an denen 30 % der Schüler die Kernzeitenbetreuung in Anspruch nehmen aus ihrer Sicht lohnenswert mindestens einen Ganztageszug anzubieten. Sie wünsche sich mehr Engagement der Verwaltung bei den Schulen den Ausbau zum Ganztagesbetrieb voranzubringen und verweist auf Möglichkeiten hierfür Lehrerdeputatsstunden vom Land zu erhalten.

Stadtrat **Heer** bezeichnet die Kernzeitenbetreuung als alternatives Angebot zur Ganztageschule und ein freiwilliges Angebot der Stadt, insbesondere für Eltern, die ihr Kind nur zeitweise in die Betreuung geben wollten. Die moderate Beitragserhöhung sehe er als gerechtfertigt an.

Stadträtin **Lange** merkt an, sie plädiere grundsätzlich für die Einrichtung von Ganztageschulen, könne der Kernzeitenbetreuung als Alternative aber zustimmen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Herrmann und Stadtrat Dr. Vierling nimmt Frau **Piepkorn** (FB Bildung, Familie, Sport) Stellung zum Bedarf einzelner Schulen an Kernzeitenbetreuung und Kosten der Ferienbetreuung.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 459/10 zur Abstimmung.

TOP 7.1	Qualitätsstandards in der Ganztagesbetreuung - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2008	Vorl.Nr. 637/08
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 7.

TOP 8	Mittel aus dem Fonds "Jugend, Bildung, Zukunft" für die Bläserklasse an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule zur Neubeschaffung von 18 Musikinstrumenten für das Schuljahr 2010/2011	Vorl.Nr. 466/10
-------	---	-----------------

Beschluss:

Zur Finanzierung der Instrumente für die neue Bläserklasse im Schuljahr 2010/2011 werden der Elly-Heuss-Knapp-Realschule Mittel aus dem Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ in Höhe von 19.497,00 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner

Beratungsverlauf:

Die Stadträte **Herrmann** und Dr. **Bohn** äußern sich positiv zu dem Beschlussvorschlag in der Vorl.Nr. 466/10.

Stadtrat **Glasbrenner** führt an, laut den Richtlinien des Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ dürfe eine Förderung nur über 3 Jahre erfolgen, und er könne sich in diesem Fall eine höhere Kostenbeteiligung der Eltern vorstellen. Er beantrage zur Finanzierung der Instrumente für die neue Bläserklasse im Schuljahr 2010/2011 der Elly-Heuss-Knapp-Realschule letztmalig Mittel aus dem Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ in Höhe von 7.000,- € bereitzustellen.

Stadtrat Dr. **Vierling** merkt an, die Bläserklasse gehöre mittlerweile zum Profil der Elly-Heuss-Knapp-Realschule. Laut Anlage 2 zur Vorl.Nr. 466/10 könnten jährlich Rücklagen gebildet werden, die sich aktuell auf 16.200,-€ belaufen. Es stelle sich für ihn die Frage, weshalb diese nicht zur Neubeschaffung von Instrumenten eingesetzt werden könnten und dann lediglich eine Entnahme von 3.298,-€ aus dem Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ nötig wäre.

Stadtrat **Heer** sagt, er gehe davon aus, dass es sich nun um einen letztmaligen Zuschuss für die Bläserklasse aus dem Fond handle. Er könne daher zustimmen.

Stadtrat **Meyer** sieht die musische Bildung als wichtig an, zudem diene sie als Wettbewerbsvorteil und Profilbildung für die Elly-Heuss-Knapp-Realschule. Inwieweit 3 Präsenzinstrumente benötigt werden, und die Stadt für die gesamten Kosten aufkommen solle, sei fraglich. Er schlage vor, die Stadt und die Elly-Heuss-Knapp-Realschule sollten die Kosten je zur Hälfte übernehmen.

Herr **Klotz** (Lehrer an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule) beantwortet Fragen aus dem Gremium zur Beteiligung des Landes am Orchesterunterricht und Registerproben, Vergütung der Musiklehrer und Anzahl der Unterrichtsstunden der Bläserklasse pro Woche.

EBM **Seigfried** stellt den von Stadtrat Glasbrenner gestellten Antrag, lediglich 7.000,-€ zur Finanzierung der Instrumente für die Bläserklasse aus dem Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ bereitzustellen, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt EBM **Seigfried** über die Vorl.Nr. 466/10 abstimmen.